



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

01.09.1931 (Nr. 91)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele, Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26. Erscheinungstermin der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domscheide 25878

Die LNZ erscheint jeden Wertag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zusätzlich 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Ausperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenrechnung: fliegende 10 Geip. Romp. Zeile RM 0.25, auswärts RM 0.30, im Textteil die halbierte Zeile RM 1. auswärts RM 1.25. Stellengeld u. Familien-Anzeigen RM 0.10 kleine Anzeigen RM 0.15. Platzvorchriften ohne Verbindlichkeit

Dienstag, 1. September 1931 Nr. 91

Pg. Gmeinder M.d.N. †

Der preussische Landtag tritt zusammen

Allerlei Erntefesttage

Der Bremer Senat baut ab

Kampf den Bata-Vetriben

Bremens Selbstständigkeit bedroht!

**Die Zollunion wird verschoben — Das Theater in Genf
Roter Landrat schwört Meineid**

Überraschende Feststellungen

Lübeck, 1. September. Ein Lübecker Blatt schreibt „Ministerialdirektor Dr. Koch-Hoffner, der Reichsbevollmächtigte Sachse, und zusammen mit Dr. Brecht, kommissarischer Sachberater der Reichsreformfragen für das Reichsinnenministerium, hat in einer Foesen im Verlage der Deutschen Juristenzeitung, Berlin, erschienenen Schrift „Grundgedanken der Reichsreform“ zu den Ideen der Länderkonferenz und zum Referentenentwurf des Reichsinnenministeriums Stellung genommen. Er berührt in dieser Schrift eingehend die Probleme der territorialen Neugliederung Norddeutschlands. Zur Stellung der Hansestädte schreibt er:

„Auch die Hansestädte werden nicht selbständige Länder bleiben können, sondern müssen in benachbartes Reichsgebiet eingegliedert werden. Erwägenswert aber bleibt, ob ihnen in der geschichtlichen Linie ihre bisherige Sonderstellung nicht wenigstens soweit gewahrt werden kann, daß sie für die Ver-

treitung im Reichsrat wie Länder behandelt werden.“

Aus dieser Auslassung einer der maßgebenden Sachbearbeiter des Reichsreformproblems geht einwandfrei hervor, daß nach dem derzeitigen Stand der Dinge selbst Bremen und Hamburg keine Aussicht mehr haben, als Stadtstaat in seiner gegenwärtigen territorialen Gliederung, wenn auch nur als Land neuer Art fortzubestehen. Es wird in „benachbartes Land eingegliedert“.

Solange wir also eine schwarz-rote Regierung im Reich, eine rote in Preußen und einen vor aller Defensivität so schwer belasteten Senat im Amt haben, besteht die unmittelbare Gefahr der Eingliederung Bremens in eine Provinz. Wir erinnern in diesem Zusammenhang noch einmal an die nationalsozialistische Denkschrift über den Hansabund, der eine wirksame Abwehr der neuen Bedrohung der bremischen Wirtschaft sein könnte. Auf jeden Fall dürfte jetzt weiten eint Volksparteilichen Wirtschaftskreisen in Bremen klar werden, in welchen Katastrophenstrudel uns Regierung und Senat führen.

Septembertagung

des Völkerbundes

Am 4. September tritt in Genf der Völkerbunds-rat zu seiner 63., am 7. September der Völkerbund selbst zu seiner 12. Tagung zusammen. Voraus gehen verschiedene Kommissionstagen, darunter die des Komitees zum Studium einer europäischen Union (Briand'sches Paneuropa).

Raum wurde je den Genfer Tagungen so wenig Interesse von der Öffentlichkeit entgegengebracht, wie diesmal. Mit vollem Recht. Die Kooperation hat klar bewiesen, welche entscheidenden Einfluß die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf die Gestaltung der Weltlage ausüben. Die Ver. Staaten gehören aber nicht zum Völkerbund. Die letzten Monate haben weiter gezeigt, wie wirklich Außenpolitik betrieben wird: in vertraulichen Verhandlungen von Staatsmann zu Staatsmann. Die von unseren Politikern und Roten so heftig beschwerte und für abgelehnt erklärte Geheimpolitik hat ihre Tausende abspielte Rolle wieder aufgenommen. Demgegenüber finden die schönen oder auch weniger schönen Reden, die am Aufheben von Genf für die Weltöffentlichkeit gehalten werden, zu nahezu völliger Bedeutungslosigkeit herab.

Mehr und mehr ist der Völkerbund als das ent-hüllt was er für die Klarbildenden von Anfang an war: ein Hilfsmittel Frankreichs zur Wiederherstellung des durch das Versailler Diktat zerschlagenen Deutschlands. Und diesmal wird es Frankreich nicht an Versuchen fehlen lassen, Deutschland keine Macht zu zeigen. Das Vollzugs-organ hierzu ist wieder Briand, von dem man in letzter Zeit nichts gehört hat. Als daß kein schlechter Gesundheitszustand Frankreich hindere, den unerwünschten — persönlichen Meinungsäusserungen seiner Repräsentanten mit dem deutschen Reichkanzler fortzusetzen. Da Briand in Frankreich seit seinem Präsidenten-schaftsdurchfall ein so auf wie toter Mann ist, wird er alles daran setzen, sich durch schnelles Auftreten gegen Deutschland in Genf wieder etwas in den Vordergrund der Weltbühne zu stellen. Das Tagungsprogramm ist an sich kümmerlich: aber Briand wird es verstehen, Gelegenheit für seine Attacken auf Deutschland zu finden. Der Präsident der Tagungen, der Außenminister der neuen spanischen Republik mit dem französischen Namen Ferrer, wird ihm dabei kaum Schwierigkeiten bereiten.

Deutschland herühren von den Tagungspunkten vor allem die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen, im besonderen der Reichsdeutschen in Ostpreußen. Die polnischen Vertreter werden bei den Wahlen des polnischen Reichstages dem Völkerbund vorzulegen haben. Seine Würdigung wäre schon bei der Mitteilung des Völkerbundsrates fällig gewesen. Ein-mußte aber wegen der abtätlichen verfahrenen Einrich-tung des polnischen Reichstages auf die diesmalige Tagung verschoben werden. Das Ergebnis ist voraussich-ten: Leere Worte! Nichts als leere Worte trank Herrn Prälaten Kras vom Zentrum, der bei der Reichstags-sitzung im heurigen Frühjahr die Kritiken an der von Herrn Curia auf der Tagungsausschuss des Völkerbunds-rates vollbrachte Leistung damit zurückweisen wollte, daß er empfahl, erst das Ende der deutschen Polenbeschwerden abzuwarten. Wird Herr Brüning endlich aus alledem die elende mäßige Forderung für die Befreiung des Außenministeriums ziehen?

Das Haager Gutachten über die Zollunion

Genf, 31. August. Hier liegt eine Habas-Depesche vor, wonach das Gutachten des Haager Gerichtshofes über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion zu Gunsten Deutschlands, jedoch zu Ungunsten Österreichs ausgefallen sei. Es werde festgestellt, daß der Plan zwar nicht gegen die Verträge von Versailles und St. Germain, wohl aber gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 verstoße. Der amtliche Wortlaut des Haager Gutachtens liegt zwar noch nicht vor, doch wird in unterrichteten Kreisen berichtet, daß das Habas-Telegramm das Haager Urteil in großen Zügen richtig wiedergebe. Gegenwärtig sind bereits in Genf inner-halb der und zwischen den Abordnungen Beratungen im Gange, die der Weiterbehandlung der Frage der Zollunion im Völkerbundsrat auf Grund des Haager Gutachtens gelten.

Noch immer Hoffnungen

Genf, 31. August. Die in den Abendstunden des Montag bekannt gewordenen Mitteilungen über die Entscheidung des internationalen Haager Gerichtshofes haben in den Kreisen der Abordnungen großes Auf-sehen erregt. Es wird nunmehr erst der Wortlaut der Entscheidung abzuwarten sein. Der Haager Gerichtshof scheint sich immerhin nach den bisher bekann-ten Mitteilungen auf den Standpunkt gestellt zu haben, daß der deutsch-österreichische Zollunionsplan im Wider-spruch zu den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922 steht. Da dieses Protokoll ein Sonderabkom-men darstellt, würden mit dessen Aufhebung (!) einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich keine völkerrechtlichen Schwierigkeiten mehr entgegenstehen. Die Zollunion würde danach auch durchgeführt werden können, falls Österreich vom Rate und von den Signa-tarstaaten des Genfer Protokolls die Zustimmung da-zu erteilt. Die Entscheidung des Haager Gerichtshofes, wonach der Plan gegen das Genfer Protokoll verstoße, ist, wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, mit nur geringer Mehrheit von acht gegen sieben Stim-men gefaßt worden.

Es verlautet ferner, daß das Urteil in seiner Fas-sung und Begründung durchaus eine moralische Aner-kennung und Rechtfertigung des von Deutschland und Österreich in den letzten Monaten eingenommenen grundsätzlichen Standpunktes über die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Zollunionsplanes dar-stelle.

Noch keine Entscheidung

Genf, 1. 9. Im Zusammenhang mit der Habas-Meldung, daß das Gutachten des ständigen interna-tionalen Gerichtshofes in Sachen der Zollunion zu Gun-sten Deutschlands, aber zu Ungunsten Österreichs aus-gefallen sei, wird mitgeteilt, daß eine endgültige Ent-scheidung des Gerichtshofes noch nicht gefallen ist. Am Dienstag vormittag soll sich der Gerichtshof vielmehr erst mit einem Vorentwurf der Entscheidung beschäf-tigen, jedoch die Habas-Meldung zum mindesten zeitlich den Tatsachen voraussetzt. Eine baldige Entscheidung des Gerichtshofes dürfte aber zu erwarten sein.

In Haager unterrichteten Kreisen herrscht die Mei-nung vor, daß der Gerichtshof einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht veröffentlichen und der Ha-bas-Bericht im wesentlichen den Inhalt des Mehrheits-berichtes entsprechen dürfte.

Pg. Gmeinder M. d. N. †

Herschlag reist einen Vorkämpfer der Bewegung aus dem Kampf

Mainz, 31. August. Nach Beendigung einer Versam-mlung, in der er gesprochen hatte, wurde unser langjähriger, verdienstvoller Vorkämpfer in Hessen-Nassau, der Reichstags-abgeordnete Peter Gmeinder, durch Herschlag von uns ge-nommen.

Der Verstorbenen war Maurer und Fabrikarbeiter. Er hat den Krieg von 1914 bis 1918 als Frontsoldat erlebt und wurde zweimal verwundet. Seit 1924 war er Stadt-verordneter in Frankfurt a. M. und Führer unserer Frak-tion in der Juden-Metropole. Seit 1929 war er auch Mit-glied des Provinzialparlamentes von Hessen-Nassau.

Der Tod traf ihn mitten im Kampf für den Sieg der Jöce Hitlers.

In irgend einer Form wird auch die Frage der deutsch-öster. Zoll-Union auf der Tagesordnung stehen. In welcher, steht noch nicht fest. Sie wird davon abhängen, ob das Haager internationale Gericht rechtzeitig sein Urteil über die vertragsrechtliche Zulässigkeit der Zollunion bekannt geben wird. In der diplomatisch völlig ungenügend vorbereiteten Zoll-Unions-Vereinbarung hat Herr Curtius bisher sein Meisterstück gezeigt. Wir dürfen überzeugt sein, daß sein Aufstreben in Genf ihm weitere Vorbeeren verschaffen wird.

Unfallig erscheint, daß der unglückliche Vertreter Deutschlands in der Vorh.-Abfertigungskommission, Graf Bernstorff, den man endlich in der Versenkung verschwunden hofft, Herrn Curtius nach Genf begleiten wird. Abfertigungsfragen sind eigentlich für die Genfer Septembertagungen zuständig, nachdem alles bereits auf die Allgem. Abrüstungskonferenz vom Jahre 1932 eingestellt ist. Beschäftigt Herr Curtius vielleicht etwas zu unternehmen? Hierzu müßte man fragen, daß von irgendwelcher propagandistischen Vorbereitung eines deutschen Untrags nichts zu merken war und infolgedessen sein Scheitern gewiß wäre. Oder fürchtet Herr Curtius einen weiteren Schachzug Frankreichs, gegen die gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands an der allgemeinen Abrüstungskonferenz? In Fortsetzung des Weges, den die französische Regierung mit ihrem Rüstungsmanifest vom 15. Juli eingeschlagen hat? Graf Bernstorff wird den Außenminister bei der Durchkreuzung französischer Pläne sicher keine Hilfe sein.

Mit ehrfürchtigen Staunen hörte man dagegen, daß die deutschen parlamentarischen Berater diesmal in Genf fehlen werden, im besonderen, daß auch Herr Reichardt nicht bei der deutschen Völkerbundsabordnung sein wird. Wenigstens nicht offiziell! Positives wird Deutschland diesmal genau wie früher von den Genfer Tagungen nichts nach Hause bringen. Man kann zufrieden sein, wenn es ohne neue Bloßstellung des deutschen Ansehens in der Welt abgeht.

Im übrigen steht für den Völkerbund, nachdem sein inneres Ansehen längst verloren ist, augenblicklich auch das äußere Ansehen auf dem Spiel. Der Völkerbund hat Geldfragen; Geldfragen für seinen Geschäftsbetrieb. Geldfragen aber besonders wegen des schönen Valais, den er sich für seine wertvolle Arbeit bauen wollte. Uns könnte dies gleich sein, wenn nicht auch Deutschland trotz seiner eigenen Armut und trotz der minderen Rolle, die es im Völkerbunde spielt, im Verhältnis seiner Bevölkerungszahl sich an der Kostenbedeckung beteiligen müßte. Hier ist es aber wirklich um jeden Pfennig schade, den Deutschland beisteuert. Das Natürliche wäre, daß das goldstrotzende Frankreich die Kosten seines Instruments selbst und allein bezahlte.

Österreich wehrt sich

Genf, 1. September. Die österreichische Abordnung veröffentlichte am Montagabend folgende amtliche Mitteilung: „Die in dem Leitartikel des „Temps“ vom 31. August gemachte Unterstellung, daß zwischen der Auffassung der deutschen und österreichischen Regierung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Sollunterschiede Differenzen bestehen, ist eine reine Erfindung. Die Darstellung der Sachlage in diesem Artikel widerspricht auch dem wiederholt von der französischen Regierung betonten Standpunkt, daß sie keine finanzielle PreSSION ausüben habe noch ausüben wolle. Schon daraus geht hervor, daß die französische Regierung dem Artikel fernstehe. Mit solchen Brumenvergiftungen wird der Beruhigung, die das Ziel aller beteiligten Regierungen ist, ein schlechter Dienst erwiesen. Dazu trägt auch die Tonart des Artikels nicht bei, in dem der „Temps“ die den Franzosen eigene Höflichkeit zu vernichten läßt, daß er sich zu groben Schimpfworten verleiht. Es ist zu hoffen, daß trotz dieser Entgleisung das von allen Beteiligten angestrebte Ziel erreicht werden wird.“

„Michael“

Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern
von Dr. Josef Goebbels

Irgendwo wird eine Tür geschlossen. Eine Männer-, dann eine Frauenstimme. Kinderbetten! Du lieber Jesus mein! Dann wird es wieder still. Wunderbar still!

Die Nacht legt ihre breiten, schwarzen Flügel auf das Land.

„Hier sitze ich jeden Abend, und es ist mir, als fände ich Ruhe vor Stürmen.“

Pause.

„Draußen haften wir dem Tage nach.“

„Und kommen nicht los von ihm.“

„Und plötzlich wundern wir uns dann, daß die Welt so feierlich und still ist.“

„Wir sind arme, gequälte und zerrissene Menschen geworden. Die Zeit ist eingebrochen in unsere Herzen.“

„Und doch kommen wir der Erlösung näher.“

„Viel schon haben wir ertragen. Mehr noch werden wir ertragen müssen. Danken wir Gott, daß wir jung sind.“

Wir sitzen und schweigen. Es wird schon kühl. Langsam gehen wir nach Hause.

„Gute Nacht, und schlafen Sie wohl.“

Nach einer Pause:

„Sie haben mir heute eine große Freude gemacht.“

Dann ist sie nach oben verschwunden.

Ich sitze und schaue, schaue in die sternüberdachte Nacht. Ueber mir wird ein Fenster geöffnet. Kalt ist es mir, als hörte ich Atmen.

So still ist es diese Nacht.

Ein Licht brennt irgendwo. Nun verlöscht es. Wie eine graue Masse liegt das Kloster unter mir. Vom Turm

Roselius und wir

von Th. Laue, Bremen

Alle Entgegnungen auf den Roselius-Plan sind sich über die Notwendigkeit der Ablehnung mehr oder weniger einig. Aber erstaunlich ist, daß alle Ausführungen über das Problem von vornherein auf ein ganz falsches Gleis gehoben worden sind und deshalb konnte bei der ganzen geleisteten Gedankenarbeit etwas Ersprießliches nicht herauskommen.

Mein Artikel vom 27. August „Roselius und wir“ hat wegen Raummangels nicht alles sagen können und ich möchte deshalb die in den verschiedenen Zeitungen erschienenen Erwiderungen als Veranlassung nehmen, mich nochmals zu der Angelegenheit zu äußern.

Ich sage nicht, daß die zu geringen Umlaufmittel an der Misere schuld sind, sondern daß der Unterkonsum, hervorgerufen durch das absolute Versagen unserer maßgeblichen Stellen in der Mobilmachung effektiv vorhandener Arbeitsmöglichkeiten, Schuld ist. Es kann demnach von keiner Seite abgelehnt werden, daß der die deutsche Wirtschaft lähmende Unterkonsum dadurch hervorgerufen worden ist, daß breite Schichten der Bevölkerung infolge Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Man kann somit diese geringe Kaufkraft doch nicht dadurch verbessern wollen, daß man die Umlaufmittel erhöht, sondern daß man durch Arbeit solche produktiven Werte schafft, die bisher in der Summe des Volkseinkommens noch nicht zum Ausdruck gekommen sind. Erst wenn dieses geschehen ist, ist eine Berechtigung für die Erhöhung der Umlaufmittel, sofern solche erforderlich, vorhanden, ohne daß eine Inflation eintritt.

Arbeit schafft aber Kaufkraft, wie auch Arbeit in Verbindung mit Sparlichkeit Wohlstand schafft. Also ist Arbeit das Primäre und demnach die Arbeitsbeschaffung Grundlage für eine Gesundung der Verhältnisse. Man könnte folgende Formel aufstellen:

Arbeit, die produktive Werte schafft, ist gleichzusetzen mit Geld.

Gold ist aber vorläufig Grundlage der Umlaufmittel, also können nur auf Grund des Produkts der Arbeit die Umlaufmittel erhöht werden. Beweis:

Seit uns das Ausland als Grundlage für unsere Währung oder für andere Zwecke Gold oder goldwertige Devisen, so müssen auch die Zinsen und die Amortisation wieder durch Arbeit aufgebracht werden.

Die Staatsregierung ist deshalb nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, aus ihrer Finanzhoheit heraus werkschaffende Arbeit zu finanzieren, d. h. Arbeit, die im Interesse der Nation (beispielsweise Ernährungsgrundlage) erforderlich ist und nach Beendigung ihrerseits Werte schafft.

Im Anfang des Krieges wurden 5 Milliarden Reichsmark gedruckt (unabhängig von der Kriegsanleihe), um die Kriegslieferanten zu befriedigen. Dieses Geld war lediglich durch das Vertrauen auf den günstigen Ausgang des Krieges gedeckt, und war für zerstörende Zwecke bestimmt. Wir verlangen von der Regierung nichts weiter, als Mittel zu schaffen, für die Hervorbringung von Werten, die mit Rücksicht auf die Lage des deutschen Volkes wie später ausgeführt längt hätten hervorgebracht werden müssen. Gibt der Staat nicht heute sogar Milliarden aus für nichtgeleistete Arbeit (u. a. Arbeitslosenunterstützung), vernichtet also die Ersparnisse der Nation langsam aber sicher? Und sind es nicht gerade die Ersparnisse der Nation, nicht das Arbeitseinkommen, die die Währungsgrundlage bilden? Haben die ohne Gegenleistung hinausgehenden Reparationszahlungen und die Vernichtung der Ersparnisse nicht Volksschichten die Golddecke nicht immer kürzer werden lassen?

Der Weg kann also nur über Arbeit nach aufwärts führen, und damit möglichst viele Werte unter günstigen Bedingungen geschaffen werden, durch freiwillige Arbeit der Nation (Heimatsdienst). Ein kurzes Beispiel auch über die Finanzierungsmöglichkeit möge hier folgen:

Ein Stück Brauchland wird durch den Heimatsdienst (junge Leute von 18–21 Jahren, die für diesen Zweck aufgerufen

werden) kultiviert. Es entsteht nach Fertigstellung ein Wert von angenommen Mk. 10.000.— Das Reich hat je nach dem Fortschritt der Arbeit je Mann und Arbeitstag und Arbeitsmark (A.M. oder A.R.M. Arbeitsrentenmark) gedruckt und ausgegeben, aus denen die Bedürfnisse an Material für die zu erfüllenden Aufgaben (Werkzeuge, Geräte etc.) und Lebensmittel für die Heimatdienstpflichtigen befriedigt werden. Die ausgegebene A.M. kann durch Gesetz gedeckt werden durch den gesamten deutschen Grundbesitz, was aber wahrheitsgemäß gar nicht einmal notwendig sein dürfte, weil das für diesen Zweck ausgegebene Geld, welches auf geschaffenen Werten basiert, allgemein Vertrauen haben würde. Die in Erscheinung tretenden Umlaufmittel gliedern sich auf diese Art und Weise organisch in das Wirtschaftsleben ein. Zinsen kostet dieses Geld nicht, sondern nur einen ganz minimalen Betrag für Druck, Papier und Verwaltung. Der Wert der A.M. ist deshalb besonders hoch zu bewerten, weil er einmal durch den gesamten Grundbesitz der Nation, auf der anderen Seite aber durch die neuerschaffenen Werte gedeckt ist. Die Amortisation der investierten Arbeitsmarkbeträge ist für die später angefallenen deutschen Volksgenossen nicht sehr schwierig, weil der geschaffene Wert durch die Arbeitsleistung der Nation zinslos erschaffen werden konnte.

Wenn das Reich für die genannte kulturelle Aufgabe das internationale Bankkapital in Anspruch nehmen würde, und dafür hohe Zinsen bezahlte, so würde dieses eine Besteuerung deutscher Arbeit zu Gunsten des Auslandes gleichkommen.

Welche Perspektiven sich hieraus für das deutsche Volk bei der an sich ungünstigen Ernährungslage bieten, ist leider in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht bekannt. Nach vorsichtiger Berechnung von Engelsing kann allein an den deutschen Meeresküsten allein wertvolles Kulturland, welches durch frühere Naturkatastrophen dem Seiland entzogen wurde, in einer Höhe von 11.640 qkm oder ca. 4,5 Millionen Morgen durch deutschen Fleiß wieder zurückerobert werden. An der Ems liegen etwa 4 Millionen Morgen brach. Damit sind aber die Arbeitsmöglichkeiten keinesfalls erschöpft und man braucht deshalb im Anfang nicht gleich die schwierigen Probleme anzugreifen. Bedeutende Nationalsozialisten haben sich mit der Materie sehr eingehend beschäftigt und ich habe bereits einige Wirtschaftler in meinem früheren Artikel angeführt. Man darf nur nicht in den Fehler verfallen, nun wieder Arbeiten zur Ausführung bringen zu wollen, die später keine Werte schaffen können, (z. B. Straßenbau). Dieser muß aus den Steuererträgen des Reiches vorgenommen werden und nicht aus Anleihen.

Es ist noch zu erwähnen, daß in die freierwerbenden Position der jungen Heimatdienstpflichtigen, welche für den Heimatsdienst aufgerufen werden, ältere feldunfähige Angestellte und Arbeiter einfließen könnten und darüber hinaus noch Millionen anderer Arbeitskräfte Beschäftigung finden würden. Erfahrungsgemäß wurden bei der alten Armee auf jeden Soldaten 2 Arbeiter in den Fabriken beschäftigt. Prof. Schöppe rechnet bei dem Heimatsdienst auf einen Pflichtigen 1½ Arbeiter und Angestellte in den Fabriken. Die freierwerbenden Mittel aus der Arbeitslosenunterstützung könnten dann gegenstandsreicher Verwendung finden.

Daß diese Probleme grundsätzlich nur im Rahmen der nationalsozialistischen Ideewelt zu lösen sind, und deshalb einem nationalsozialistischen Deutschland vorbehalten bleiben müssen, weil sie sonst Schiffbruch erleiden würden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Es ist kein Zweifel, daß unsere deutsche Jugend, die heute keine Zukunft mehr besitzt, mit dem Feuer der Begeisterung an die erhabenen volkswirtschaftlichen Aufgaben herangehen würde. Näheres darüber auszuführen, ist leider an dieser Stelle nicht möglich. Berufener haben es bereits getan.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß auch der Humar-Plan fehlschlagen wird, weil er mit Behelfsmitteln eine Lücke auszufüllen versucht, und nicht den Weg natürlicher Entwicklung findet.

schlägt's zwei Uhr. Ich lege mich in den Kleidern übers Bett.

Die Nacht ist da!

Ich liege

Und träume

Mit offenen Augen

In die dunkle Weite.

Berausenden Duft

Atme ich gierig ein;

Irgendwo

Singt eine Nachtigall.

Ich warte, warte, warte.

Gute Nacht, Hertha Holk!

11. Juni.

Sie darf nicht mit ins Kloster. Ich gehe mit dem geleitenden Pater durch die langen, weißen Gänge. An den Wänden zarte, kleine Klostermalerei. Beunruhigt Kunst. Köstliche Linie, etwas stumpf in den Farben. Eine seltsame Liebhaberei!

Ein Pater sitzt bei der Arbeit. Er schaut nicht einmal auf. Sein Gesicht ist schmal und bleich, mit scharfgezogenen Zügen.

Ich danke meinem Geleitsmann. Er gibt mir die Hand. Gelobt sei Jesus Christus!

Draußen ist heller Morgen. Es hat die Nacht geregnet, und nun duftet alles nach Frische und Blüten.

Hertha Holk steht schlank, im weißen Kleid bei der Klosterpforte. Ein seltsamer Kontrast!

Wir schlendern in die Selber hinaus und sitzen bis zum Mittag an einer Berghalde, von der wir ein ganzes Tal übersehen.

Ich will reden. Sie schaut mich an. Stehend, fragend, fast beschwörend. Sei still! Noch nicht! Ich verleihe. Wir gehen heim.

Nach dem Mittagessen studiere ich den Fahrplan, und um drei Uhr fahre ich ab. Sie geht mit mir bis zum Bahnhof.

Beim Abschied schenkt sie mir ein kleines Bild aus der Beunruhigt Schule, ein Ecce-Homo; schöne weiße Linie, klar und einfach. Er ist für mich wie ein Talisman.

Legter Händedruck, letztes Winken.

Ich sehe sie noch lange von meinem Abteilfenster aus, wie sie schrittweis, bedächtig, mit geknicktem Haupt die Straße hinaufgeht.

An beiden Seiten des Zuges Selber, Aehren und Blumen. Mir ist, als würde ich mitten durch einen blühenden Garten getragen.

12. Juni.

Ich sitze am Löwen in Lindau und schaue lange auf die weite, spiegelglatte Stut des Bodensees.

Ich denke an Hertha Holk.

Dann schlendere ich durch die engen Gassen der alten schmalen Häuserreihen.

Beim Mittagessen schaue ich über den See. Im Hotel ist viel Volk. Damen schreien, kreischen, lachen und schnattern. An meinem Tisch sitzt ein russischer Student. Er fährt mit nach Meersburg.

Um drei Uhr geht unser Schiff.

13. Juni.

Meersburg: Ich wohne in einem kleinen Gasthaus dicht beim Schloß. Hier lebte Annette v. Droste. Ich gehe die breite Straße hinauf zum Friedhof. Eine kleine Grabstätte, Eisenegger darum, ein einfacher Stein, von Eisen umrankt. Hier ruht Deutschlands Dichterin.

„Anna Elisabeth von Droste Hülshoff.“

Ehre dem Herrn!

steht auf dem Stein.

Auf dem Grab liegt ein Strauß roter Rosen.

„Von Ferienstudanten aus München, in Dankbarkeit der großen Dichterin!“ sagt der Zettel.

Ich sehe ihre Stimme im Schloß. Hier schwebt noch ein Duft von herber Jungfräulichkeit. Ich schaue vom Balkon über den See, der nun still im letzten Sonnenschein liegt. Hier mag sie oft gestanden haben und mit feinsinnigen Augen nach den weißen Schweizer Bergen gegangen sein.

Dahinter liegt Italien!

Aus aller Welt

Giftmordaffäre in Bad Essen

Bad Essen, 29. August. Zu der Giftmordaffäre des Landwirts Brüggemann erhalten wir noch folgende Mitteilungen: Der in Bremen verhaftete Albers, ein 30-jähriger Landwirt, war mit Brüggemann benachbart und stammte aus Frau Brüggemanns Heimat. Seit Jahren soll nun Albers den Brüggemann bereits bedroht haben, ihm Steine nachgeworfen und die Fenster im Hause zertrümmert haben. Wegen dieses Nachstellens hat die Polizei, der Brüggemann Mitteilung machte, ihm das Tragen eines Revolvers erlaubt. Noch kurz vor dem Tode Brüggemanns ist Albers auf dem Hofe des Verstorbenen gesehen worden. Da die Feindschaft der Beiden stadtbekannt war, wurde auch nach dem Tode Brüggemanns und nach dem Aufsuchen des Verdachts die Verhaftung des Albers angeordnet. Die Beamten stellten Albers auf der Chaussee von Cloppenburg nach Bad Essen mitten in der Nacht. In seiner Brieftasche befanden sich Briefe, die von Frau Brüggemann an ihn gerichtet waren. Die Frau wurde aus dem Bett verhaftet und abgeführt. Man vermutet, daß die Frau mit Albers bereits ein Verhältnis hatte, ehe sie Brüggemann heiratete. Die eigenartigen Umstände bei der Ueberführung der Leiche nach Bad Essen, keiner der Verwandten hat die Leiche gesehen, da der Sarg schon geschlossen war, lassen die Vermutung aufkommen, daß Brüggemann schon länger tot war. Die Vermutung wurde dadurch bestätigt, daß der Leichnam schon stärker in Verwesung übergegangen war. Wie weit sich die Richtigkeit dieser Darstellung herausstellen wird, muß erst die weitere Untersuchung ergeben.

Die Leiche ist nunmehr obduziert worden. Der Wageninsatz wurde zur chemischen Untersuchung nach Oldenburg geschickt. Die unter dem Verdacht, ihren Ehemann vergiftet zu haben, verhaftete Frau Brüggemann, wurde in das Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg überführt. Nach der Obduktion wurde die Leiche freigegeben und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt.

Das eigene Kind aus Wut erstickt

Berlin, 31. August. Unter der Heerstraßenbrücke in Berlin-Spandau wurde heute früh die Leiche eines zweijährigen Mädchens entdeckt. Die Kleine war mit einer Gardinenkordel erstickt worden und hatte außerdem, als man die Leiche fand, einen Knebel im Mund. Der Täter ist der eigene Vater, der 32-jährige Müller Walter Ekmann, ein Genußmitteltrinker. Wegen seiner Trunksucht ist seine Ehefrau schon häufig mit dem Kinde dem Manne davongelaufen. So war am Sonntagabend die Frau mit dem Kinde zu ihren Eltern gegangen. Der Vater verstand es aber, das spielende Kind an sich zu locken und tötete es aus Wut über die davongelaufene Frau. Er stellte sich selber der Polizei.

Elf Tote und 20 Verletzte bei einem Autobusunglück

Madrid, 31. August. Bei dem Dorfe Caldas in der Nähe von Lugo stürzte ein vollbesetzter Autobus aus bisher unbekannter Ursache einen steilen Abhang hinunter. Elf Insassen wurden getötet, fünf schwer und 15 leicht verletzt.

Mord an einem achtjährigen Mädchen.

Jena, 31. Aug. Am Sonntag ist, wie die Landeskriminalpolizei teilt, das achtjährige Mädchen eines auf dem Rittergut Pöfen bei Bucha beschäftigten Gutsarbeiters von einem Unbekannten in den Wald geschleppt und dort ermordet worden. Schulkinder und Einwohner aus Bucha und Pöfen, die das Gelände abstreifen, fanden das Mädchen mit einem Bündel Stroh zugebunden tot auf. Der Täter ist entkommen.

Zwei französische Militärflieger tödlich abgestürzt

Paris, 31. Aug. Ein schweres Flugzeugunfall ereignete sich über dem Militärflugplatz Robinson. An einem Militärflugzeug lösten sich in der Luft aus bisher unbekannter Ursache beide Flügel vom Apparat. Die beiden Flieger stürzten aus etwa 200 Meter Höhe ab und waren auf der Stelle tot.

Polnisches Militärflugzeug über Stadt Hindenburg.

Gleiwitz, 31. Aug. Wie vom Polizeipräsidium mitgeteilt wird, überflog am Montagvormittag um 10.50 Uhr ein polnisches Militärflugzeug die Stadt Hindenburg. Die roten weißen Karos des Flugzeuges wurden deutlich erkannt. Das Flugzeug kam vom Norden und flog nach Süden weiter.

Erntefabotage in Dithmarschen

Wieder Brandstiftung in Schleswig-Holstein. Heide, 31. Aug. In der vergangenen Nacht brannte im benachbarten Jarrenwisch das Anwesen des Hofbesizers Voss nieder; es wird ein Sabotageakt vermutet, da die streikenden Drescharbeiter in der Umgebung bereits des öfteren mit „schärferen Maßnahmen“ gedroht hatten. Durch den Brand wurden sämtliche Erntevorräte sowie das tote Inventar vernichtet. Der Schaden wird auf 45000 Mark beziffert. Weitere Sabotageakte wurden dadurch verurteilt, daß den Hofbesitzern Eisenstücke in die Korngarben gelegt wurden, wodurch beim Dreschen die Dresch-Säge zerstört werden sollten. Das Dreschen findet unter dem Schutze der Landjäger statt.

Glückstadt, 31. Aug. Das Anwesen des Hofbesizers Falk wurde am Sonntagabend von einem schweren Schadenfeuer heimgesucht. Der angerichtete Schaden beträgt 10000 Mark. Es liegt offenbar Brandstiftung vor, da die Türen gewaltsam aufgebrochen waren.

Kiel, 31. August. Wie in Glückstadt und Jarrenwisch wurden in der vergangenen Nacht auch auf dem

Die Not der Minderheiten

Abchluß des Kongresses. — Mahnung an den Völkerbund.

Genf, 31. August. Der europäische Minderheitenkongreß ist am Montag mit der Annahme folgender Entschlüsse abgeschlossen worden:

Der 7. Kongreß der organisierten nationalen Minderheiten in den Staaten Europas hat die Berichte über die Lage der Volksgruppen zur Kenntnis genommen. Unter dem tiefen Eindruck dieser Berichte stellt der Kongreß fest: in den durch Minderheitenbesitz gebundenen Staaten fehlt ebenso wie in den vertraglich nicht gebundenen Staaten nach wie vor das Verständnis für das Nationalitätenproblem. Die verfassungsmäßig und völkerrechtlich verbürgten Rechte der anderen nationalen Staatsbürger werden mißachtet. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Gleichheit vor dem Gesetz, die kulturelle Freiheit sind fast nirgends vorhanden. Auf einmal die Staatsangehörigkeit ist gesichert. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden die anders nationalen Staatsbürger bewußt zurückgesetzt und benachteiligt. Schärfer als je wird die Assimilation betrieben. Mit politischen militärischen Machtmitteln sind gegen Ersetzungen gegen Leben und Eigentum eigener Staatsbürger unternommen worden, die allgemeine Entsetzen erweckt haben. Die vorangegangenen Kongresse haben festgestellt: Die Achtung des Volkstums ist eine unentbehrliche Voraussetzung der Befriedung Europas. Der Ausbau des Reichsstaates für alle Minderheiten ist daher eine der dringlichsten Aufgaben des Völkerbundes. Der 7. Nationalitätenkongreß muß aber feststellen, daß selbst die an den Völkerbund gerichteten Eingaben über schwerste Angriffe gegen Leben und Eigentum eine Behandlung erfahren haben, die bei den Betroffenen das Vertrauen in seinen Schutz erschütterten. Der 7. Minderheitenkongreß beschließt deshalb: Das Präsidium wird beauftragt, dem Völkerbund den Ernst der Lage vorzustellen und vor allem die Notwendigkeit der Len-

derung der Behandlung der Eingaben von Minderheitsangehörigen in lebenswichtigen Fragen zu betonen.

Polen vernichtet deutsche Schulen

Genf, 31. August. Die deutsche Minderheit in Polen aus den Teilen Kongreß-Polens und den ehemaligen preussischen Gebieten hat sich an den Völkerbundsrat mit zwei Beschwerden gewandt, in denen die trostlose Lage des deutschen Schulwesens in Polen dargelegt wird. Die Beschwerde legt dar, daß das in Kongreß-Polen mit unendlichen Mühen errichtete deutsche Schulwesen vom politischen Staat nahezu restlos zerstört worden ist. Anstelle von 560 deutschsprachigen Schulen, die während der russischen Herrschaft in Polen vor dem Kriege bestanden, gibt es gegenwärtig nur noch ein Sechstel deutscher Schulen.

Das ehemalige preussische Gebiet (Polen und Pomerellen) zeigt ebenfalls einen außerordentlichen Abstieg, der auf die Droßelung des deutschen privaten Schulwesens zurückzuführen ist. Rund die Hälfte der deutschen Kinder in Polen ist gezwungen, polnischsprachige Schulen zu besuchen. Die polnischen Behörden haben in den meisten Fällen das Schulvermögen der deutschen Schulen den polnischen Gemeinden übergeben, die Schulen sind polonisiert worden. Es liegt somit eine unzweideutige Verletzung des Minderheitenabkommens vor, indem sich Polen gegenüber dem Völkerbund und den übrigen Signatarstaaten fälschlich verpflichtet hat, die kulturellen Rechte der deutschen Minderheit in Polen zu schützen. Sollte der Völkerbund dieser Eingabe nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken, so käme dies einer Sanktionierung des Vernichtungskampfes gleich, den Polen heute gegen das gesamte Deutschum in Polen führt. In Minderheitskreisen wird erwartet, daß der Dreierauschuß des Völkerbundes zur Prüfung dieser Beschwerde gleich nach der Ratstagung zusammentreten wird.

Roter Landrat schwört Meineid

Hansmanns Eid gegen 20 Eide

Ein Standalurteil ohnegleichen wurde kürzlich von dem Erweiterten Schöffengericht in Düsseldorf ausgesprochen. Es handelte sich dabei um einen Prozeß, in dem der berüchtigte Landrat Hansmann von der Sozialdemokratie im Mittelpunkt stand.

Bekanntlich soll der sozialdemokratische Landrat in einer politischen Versammlung in Mierendorf am 12. April d. J. erklärt haben, das deutsche Volk habe genug vom bunten Rod. Die 18-jährigen jungen Leute seien wie Schlachtvieh zum Sturmangriff geschickt worden, nachdem man ihnen vorher Alkohol eingetrichtert hatte. Ueberhaupt seien die deutschen Frontsoldaten besessen wie die Schweine auf die französischen Gräben losgelassen. Er selbst sei an der Front gewesen, habe sich aber des Alkohols enthalten. Andererseits habe er Gelegenheit gehabt, den Klemperlerleben an seine Brust zu hängen. Er habe aber darauf verzichtet. Der Gerichtsreferendar Dr. Gisevius, Düsseldorf, hatte nur einige Tage später in öffentlichen Versammlungen Hansmann absichtlich beleidigt, um eine gerichtliche Entschädigung über diese Angelegenheit zu erzwingen. Gisevius mußte sich nun wegen formaler Beleidigung und übler Nachrede verantworten.

Nachdem der erste Termin vor einigen Wochen vertagt worden war, konnte der Termin am Samstag durchgeführt werden. Zur Verhandlung waren

von beiden Seiten je etwa 20 Zeugen geladen.

Landrat Hansmann bestritt unter Eid, die fraglichen Äußerungen getan zu haben.

Die 20 Zeugen des Angeklagten erklärten dagegen, ebenfalls unter Eid, daß Landrat Hansmann die inkriminierten Äußerungen tatsächlich gebraucht habe. Auf der anderen Seite erklärten die Zeugen des Nebenklägers Hansmann, sich auf die genannten Äußerungen des Landrat Hansmann nicht besinnen zu können. Nach etwa zweistündiger Beratung erging spät abends das Urteil. Der angeklagte Dr. Gisevius wird wegen Beleidigung in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von je 150 Mk. und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. In der Begründung des Urteils heißt es, daß das Gericht die Frage, ob der Wahrheitsbeweis erbracht sei, daß also Landrat Hansmann die oben genannten Äußerungen getan habe, bejaht habe. Das Gericht habe aber dem Nebenkläger in keiner Weise unterstellt, daß er bezeugen wolle, sondern daß es sich um eine Entgleisung in der Erregung (!!) handle.

Das Gericht nahm also als wahr an, daß Hansmann jene scheußlichen Äußerungen gegen deutsches Frontsoldatentum getan hat.

Es ist also erwiesen, daß der Sozialdemokrat Hansmann einen glatten Meineid geschworen hat! Trotzdem wurde Gisevius verurteilt. — Zufall!

Gute Schwarzenbed bei Kiel mehrere Gebäude offenbar durch Brandstiftung eingestürzt. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen. Wie verlautet, deuten bestimmte Anzeichen darauf hin, daß zwischen den verschiedenen bereits gemeldeten Bränden und den Sabotageakten streifender Drescharbeiter ein Zusammenhang besteht.

Vor dem Zusammentritt des Preussischen Landtags

Der Preussische Landtag wird voraussichtlich am Dienstag, dem 8. September zusammentreten und den Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium beraten. Die Abstimmung darüber wird wahrscheinlich dann am Donnerstag oder Freitag folgen.

Wendt in eine andere Gefängnisanstalt überführt

Aus dem Preussischen Justizministerium erfahren wir, daß der Gefängnisgefangene Hans Wendt, der wieder nach Gollnow zurückgeführt ist, neben anderen disziplinarischen Maßnahmen mit der dauernden Entziehung des Staburlaubs bestraft worden ist, weil er sich dieser Vergünstigung unwürdig gezeigt habe. Er hat das bei seiner Entlassung ihm nach den Gefängnisvorschriften abgenommene ausdrückliche Versprechen, daß er den Staburlaub nicht zur Flucht oder zu einer politischen Betätigung mißbrauchen werde, gebrochen. Wendt wurde zur weiteren Verbüßung seiner Gefängnisstrafe nach Groß-Strelitz in Schlesien überführt.

Verhör des Oberleutnant Wendt.

Stettin, 31. Aug. Oberleutnant a. D. Wendt, der in der Nacht zum Montag von einem Polizeibeamten in Gollnow

angetroffen und in die Strafanstalt eingeliefert worden war, wurde am Montagvormittag von der Strafanstaltsleitung einem eingehenden Verhör unterzogen. Wendt verweigerte jede Auskunft über die Art seiner Flucht und über seinen Aufenthalt während der Flucht. Er erklärte, er könne nichts mehr sagen, als daß er einen Staburlaub zur Entfernung aus Gollnow benutzt habe und in der Nacht zum Montag freiwillig zurückgekehrt sei. Die Strafanstaltsleitung in Gollnow hat die sichere Einschließung Wendts angeordnet und ihm jede Vergünstigung entzogen.

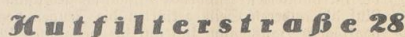
Operetten-Revolution

London, 1. September. Als amüsante Beitrag zur Entstehungsgeschichte der neuesten portugiesischen Revolution verdient folgende Reutermeldung verzeichnet zu werden: Am vorigen Dienstag, kurz vor Ausbruch der Bewegung in Lissabon, wurde unter mehreren bekannten Kommunisten auch ein Mann in Marineuniform festgestellt, der kurz vorher noch in Zivil gesehen worden war. Auf die Frage eines Polizeioffiziers, wie er zu der Uniform käme, erklärte der Mann voll Stolz, daß er an der Revolution, die um 6.45 Uhr beginne, teilzunehmen gedächte. Die Polizei war daher rechtzeitig auf den genauen Zeitpunkt des Ausbruchs der Revolution vorbereitet.

Weiteren Berichten zufolge unternahmen viele Familien in Lissabon nach Bekanntwerden der Revolution Ausflüge in die Umgebung, um dort den Ausgang der Revolution in Sicherheit abzuwarten und am Abend nach Lissabon zurückzukehren.

Herausgeber Kurt Thiele, W. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Schöner, für den Anzeigen-Teil: E. A. Widmer; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Rempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unentgeltlich eingeleichte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Elberts Schuhhaus



B N Z

Aus Bremen Stadt und Staat

Kündigung von Staatsangestellten

Der Senat der Stadt Bremen hat am 28. August den Beschluß gefaßt, einer Reihe von Behördenangestellten, es handelt sich vorläufig um ca. 100, vorläufig zu kündigen. Die Gründe liegen in dem außerordentlichen Zustand zu Sparmaßnahmen, die bei der finanziellen Lage Bremens verständlich sind. Ueber Art und Umfang der in Frage kommenden Entlassungen wird noch verhandelt.

Bis jetzt sind die Angestellten der Behörde für Bauwesen und Stadterweiterung, der Unterrichtsverwaltung und des Handels- und Gewerbeamtes gekündigt worden. Bei den Angestellten des Wohlfahrtswesens und den Angestellten bei den Justizbehörden ist eine Kündigung vorerhand noch nicht beabsichtigt.

Nur 3 Tage Arbeitswoche auf der Bremer Wollkammerei

Von Montag, den 31. August, ab wird laut Mehrheitsbeschluß der Betriebsverwaltung aus noch drei Tage in der Woche in Wechselsschicht gearbeitet. Ursprünglich sollten 900 Personen zur Entlassung kommen und außerdem 5 Tage gearbeitet werden. Wegen gänzlichen Fehlens der Wollkammerei hatte die Direktion verlaublichen lassen, daß sie an 1600 Personen entlassen müßte, oder die Belegschaft sollte nur 3 Tage arbeiten, wobei denn die 200 Doppelbediener zur Entlassung kommen sollten. Dadurch, daß die Belegschaft das große Opfer der Arbeitszeiterhöhung auf drei Tage auf sich nahm, werden größere Entlassungen vermieden.

Kündigung des Hafenarbeiter-Lohns in Hamburg

Der Vertrag über die Hamburger Hafenarbeiterlöhne ist von Arbeitgeberseite zum 30. September gekündigt und eine Herabsetzung des Lohnes für die erste Werktagsschicht von 8,80 M. auf 7.— M. gefordert worden. Die Arbeitgeber erwarten, daß diese Maßnahme dazu beitragen wird, die Reedereien und den Hafenbetriebsverein in den Stand zu setzen, den katastrophalen Betriebsrückgang aufzuhalten und damit die Beschäftigungsmöglichkeit im Hafen wieder auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Anfang am Feuer-Mer. Noch immer werden Feuerwerker böswilligerweise in Tätigkeit gesetzt bzw. die Schellen der Melder zertrümmert. Um diesem, die öffentliche Sicherheit während des Treiben Einhalt zu gebieten, wird erneut darauf hingewiesen, daß die Feuerwerker demjenigen eine Befolgung zusichert, der die öffentliche Beschädigung oder mißbräuchliche Benutzung eines öffentlichen Feuerwerkers so zur Anzeige bringt, daß der Täter auf Grund der Anzeige bestraft werden kann. Das Publikum wird daher gebeten, auf die Feuerwerker Obacht zu geben und die mißbräuchliche Benutzung zur Anzeige zu bringen.

Diebstahl. Entwendet wurde ein im Hafen 2 aufgestelltes Leichtmotorrad DKW. mit dem Erkennungszeichen RP 14 341, Gefell-Nr. 182 815 und Motor-Nr. 261 465. — Als gestohlen wurden heute fünf Fahrräder gemeldet. — Ein Schuhmacher mußte sich wegen Diebstahls verantworten. Er hat an seiner Arbeitsstelle Material von nicht unerheblichem Wert entwendet. — Des Diebstahls wird auch eine Barabene beschuldigt, die mit einem Angestellten ihre Wohnung aufgesucht hatte. Dort ist dem Geschädigten ein Geldbetrag abhanden gekommen, der ihm den Umständen nach gestohlen worden ist.

Internationaler Taschendieb gefaßt. Auf frischer Tat ertappt wurde ein polnischer Staatsangehöriger, der auf dem hiesigen Hauptbahnhof einer Frau ein Portemonnaie mit ca. 100 M. aus der Handtasche entwendet hatte. Außerdem ist er dringend verdächtig, einer anderen Frau ein Portemonnaie mit 11.— M. gestohlen zu haben.

Unfälle. Ein Motorradfahrer, der auf der Woltmershauserstraße mit seiner Maschine gefährt war, hatte sich eine Gehirnerschütterung zugezogen und wurde dem Willebachhauser zugewiesen. — Auf der Kreuzung Dordenerstraße-Hulsberg fuhr ein Motorradfahrer mit seiner Maschine beim Ausweichen gegen einen Baum. Die Mitfahrerin verletzte

sich am rechten Unterarm und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Eine in der Langenstraße beschäftigte Hausangestellte stürzte beim Gardinenaufstecken von einer Leiter. Sie zog sich eine Hüftverletzung und einen Bluterguß an der linken Schulter zu.



6. September
Barthaus

Fahnenweihe

des Sturm 3/75 (Goffel) und 1A/75

3 Kapellen Anfang 16 Uhr
Karten in der Pelzerstraße 12-13

Polizeimeister Perske seinen Verletzungen erliegen
Hamburg, 31. August. Der am 27. August nachts in der Chateaufeststraße angefohlene 45jährige Polizeimeister Wilhelm Perske ist im Krankenhaus verstorben.

Tödliche Folgen eines Kopfsprunges
Delmenhorst, 31. August. Hier verunglückte beim Baden in der städtischen Anstalt der Polizeiwachmeister Christoffers. Er sprang von dem Sprungbrett ab und schlug dabei zu hart auf das Wasser. Da er sich unwohl fühlte, begab er sich sofort in einen Nebenraum. Der herbeigerufene Arzt konnte ihm leider nicht mehr helfen, und nach einer Stunde verstarb er, wahrscheinlich an inneren Verletzungen.

Bremer Schweinemarkt. Amtlicher Marktbericht vom 31. August. Auftrieb 1702 Schweine. Dem Markt zugeführt 1395, lebend ausgeführt 92, unverkauft —. Preise: a) —, b) 58 (30), c) 57—58 (373), d) 56—58 (507) e) 47—54 (291), f) 30—40 (162), g) 40—45 (32). Marktverlauf: Infolge knapper Angebote in Settschweinen gut, kleine größere fast unverkäuflich, Markt langsam geräumt.

Cloppenburg Schweinemarkt. 31. August. Auftrieb: 1355 Tiere. Es kotteten: Ferkel bis 6 Wochen alt 6—8 M., 6—8 Wochen alt 9—11 M. per Stück, ältere Tiere per Pfund 32—38 Pf. Handel: mittelmäßig. Ausgefuchte Tiere über Notiz. Nächster Markt 7. September 1931.

Derngüngerreisen 1932 des Norddeutschen Lloyd. Die Vorbereitungen für das nächstjährige Dergüngerreisenprogramm des Norddeutschen Lloyd stehen vor dem Abschluß. Geplant sind im Preise stark verbilligte Mittelmeer- und Orientfahrten, sowie Polar- und Nordkapreisen. Schnelldampfer „Columbus“ wird von New York aus eine vornehmliche für amerikanische Teilnehmer ausgeschriebene große Orientreise unternehmen. Außerdem sollen ebenfalls von New York aus wiederum mit den Dampfern „Columbus“ und „Berlin“ des Norddeutschen Lloyd einige der in Amerika außerordentlich beliebten Westindienfahrten ausgeführt werden.

Billige Sommerachtsfahrt nach Helgoland. Der Norddeutsche Lloyd veranstaltet auf vielseitigen Wunsch am 5./6. September nochmals eine billige Sommerachtsfahrt von Bremen-Stadt nach Helgoland und zurück. Einfahrt mit Dampfer „Vormärts“, Rückfahrt mit Dampfer „Roland“. Abfahrt Sonnabend, 5. Sept., 20.30 Uhr vom Freihafen 1, Ankunft in Helgoland gegen 5 Uhr. Rückfahrt von Helgoland wird Sonntag, 6. Sept., 17.30 Uhr mit Dampfer „Roland“ angetreten, an Bremen (Freihafen 1) 22 Uhr. Es ist in

diesem Jahre hierdurch die letzte günstige Gelegenheit zu einer Sommerachtsfahrt von Bremen nach Helgoland und zurück zu einem besonders ermäßigten Preis mit einem zwölfstündigen Aufenthalt auf Helgoland gegeben. Fahrkarten im Vorverkauf und nähere Auskunft sind durch den Norddeutschen Lloyd Bremen, Nordseebüro, sowie die sämtlichen Vertretungen, sowie die Vertretungen der Hamburg-Amerika-Linie erhältlich.

Internationaler Meisterringer-Wettkampf im Tirol

Am Sonntag fanden sich zuerst Elliot-Schweiz und der Italiener Equatore gegenüber. An Schnelligkeit war letzterer seinem Partner überlegen. Nach 15.50 Minuten gelang es dem Italiener Elliot durch Ausheben aus dem Stand auf die Schultern zu bringen. — Im zweiten Kampf sollte Leskinowicz gegen Schulz antreten. Der Hamburger war jedoch nicht in der Lage vollwertig zu kämpfen, er gab nach kurzer Zeit den Kampf auf. Leskinowicz nahm den ihm zugesprochenen Sieg über Schulz nicht hin, da er einen Gegner, der am Abend vorher derart kampfunfähig gemacht sei, nicht als einwandfreien Kämpfer betrachte. Der Kampf galt daher als nicht begonnen. — Der 3. Kampf brachte einen vorzüglichen Sport. Zwei der schnellsten und technisch vorzüglichen Gegner standen sich gegenüber, Grünleisen und Landau. Der Kampf endete unentschieden. Auf diesen Entscheidungskampf dürfte man gespannt sein. Der Entscheidungskampf zwischen Debie-Köln und Kisch-Polen war mehr eine Schlägerei als ein Ringkampf. Debie, der gerne sich des Schlägens bediente, mußte sich das Einschlagen der Goldzähne von Kisch gefallen lassen. Gewiß belebt die Art der Beiden den Kampf, aber wenn fortgesetzt verbotswidrig gerungen wird, kann von einem eventuellen „ehrenvollen“ Siege nicht mehr die Rede sein. Hoffentlich merken sie sich nunmehr. Debie unterlag mit 1. Verwarnung dem Polen, der allerdings auch 2 Verwarnungen hinnehmen mußte. Seit 59.45 Minuten.

Der 16. Kampftag. Im ersten Kampfe stand der starke Bayer Vogtmann dem noch stärkeren Kölner Debie gegenüber. Obwohl Vogtmann sich tapfer gegen den mehrfach die Ringvorschriften verletzenden Debie wehrte, unterlag er nach 13.10 Min. durch Armzug aus dem Stand. — Der beste und schönste Kampf war der zwischen Schwarz Jun. und Equatore. Diese beiden gleich hervorragend ringenden Gegner zeigten einen Kampf allerbesten Technik. Der Entscheidungskampf zwischen diesen beiden dürfte mit größter Spannung erwartet werden. — Dann kämpfte Kisch gegen Grünleisen. Kisch konnte wieder nicht umhin, seine unsaire Art zu zeigen. Es wäre auch zu wünschen, daß das Schiedsgericht, um den Wünschen des Publikums entgegenzukommen, schneller gegen Verfehlungen eingreift, nicht erst, nachdem das Publikum dies verlangt. — Eine gute Rolle vermodete der Rheinländer Landau in seinem Entscheidungskampf mit dem diesjährigen Europameister Leskinowicz (Riga) zu spielen. Er griff den ungemein starken und wie ein Kaufmann gewandten schweren Letten mutig an und legte sich nicht auf die Verteidigung. Erst als Leskinowicz seinen unnachahmlichen Ueberwurf-Schlag aussetzte, mußte sich Landau beugen und unterlag nach einer Gesamtzeit von 44 Min. 15 Sek.

RUNDfunk-PROGRAMM

Dienstag, 1. September 1931
15.00 Wetter — 15.05 Börse — 15.30 Nachrichten — 15.40 Schiffahrt — 16.30 Kurkonzert aus Remondorf — 17.30 Zwiesgespräch — 17.55 Bunte Programm — 18.55 Vortrag 19.20 Abendbörse — 19.25 Wetter — 19.30 Eine Legende — 20.00 Meine Schwester und ich. — 22.10 Nachrichten — 22.30 Aktuelles — 22.40 Unterhaltungskonzert.
Mittwoch, 2. September
7.10 Niederdeutsche Volksmusik — 11.15 Handwerkerliebe 12.00 Wetterdienst — 12.15 Englischer Schulfunk — 13.00 Schallplattenkonzert — 15.00 Wetterdienst — 15.05 Börsenfunk — 15.30 Nachrichtendienst — 15.40 Schiffsahrtsfunk. 16.30 Bordkonzert vom Dampfer „Europa“ — 17.30 Auf Vogelfeldern des nördlichen Atlantik — 18.00 Das bunte Programm — 18.30 Die Bedeutung unserer Pflanzennamen 18.55 Das Werden der Sowjetwirtschaft — 19.20 Abendbörse — 19.25 Wetterdienst — 19.30 Steirer Abend — 20.30 Heiterer plattdeutscher Abend — 22.00 Nachrichten 22.20 Aktuelles — 22.30 Konzert im Cafe Walhof.

Stadttheater

R. Wagner: Lohengrin

Wer einen tieferen Einblick in das dichterische Schaffen R. Wagners, insbesondere ein Verständnis für die beiden Hauptgestalten dieses Werkes, Lohengrin und Elsa, gewinnen will, der lese in den gesammelten Schriften und Dichtungen in der „Mitteilung an meine Freunde“, was R. Wagner über die Entstehung und Bedeutung des Lohengrin-Mythos schreibt. Er wird staunend erkennen, wie tiefinnig er diese Gestalten deutet und sie in Beziehung zu seinem eigenen Leben und Leiden als Künstler setzt, so daß sie zuletzt, mit des Dichters eigenem Blut und Leben erfüllt, lebhaftiger vor unserm bewundernden Blick stehen. Ein ganz anderer Genuß am Werk bietet sich uns auf diese Weise, als wenn wir lediglich Musik und dramatisches Geschehen rein sinnlich auf uns wirken lassen.

Die Aufführung des „Lohengrin“ stand, wie schon im Vorbericht angedeutet, auf einer beachtenswerten künstlerischen Höhe; man hatte die Ueberzeugung, daß alles sorgfältig einstudiert und geprobt, alles aus einem Guss war. Die Inszenierung durch Dr. Becker hatte unter Assistenten von Th. Schlönski neue Bühnenbilder für jeden Akt geschaffen, welche die Handlung räumlich konzentrierter gestalteten; das Brautgemach erscheint besonders geliebt. Die Beleuchtung im 1. Akt erschien zeitweilig etwas zu dunkel; es ist doch heller Mittag, wie König Heinrich bemerkt. Das Orchester spielte

unter Karl Dammers feinfühlig und geistvoller Ausdeutung der Partitur hervorragend; besonders Lob gebührt den Bläsern vor und hinter der Szene. Selten hört man diese Stellen so rein und kläglich. Lohengrin ist ein ganz auf die Chöre gestütztes Werk. Wenn diese nicht mit größter Präzision und dynamisch abgestuft gelungen werden, geht nichts Schöner von der Oper verloren. Die Chöre klangen am Sonntag über alles Lob erhaben rein und wohlklingend vom feinen Piano bei Elsas Erscheinen bis zum gesteigerten Fortissimo bei Lohengrins Ankunft, wie auch in den übrigen Szenen. R. Effer darf das gute Gelingen der Aufführung mit auf sein Konto buchen. Die solistischen Leistungen des Abends standen ebenfalls auf beträchtlicher Höhe. Johann Barton bringt für seinen Gralsritter all das mit, was man sich für diesen Heldentenor wünscht: hervorragende Stimm-mittel, auch im Piano — wie schon gelangen ihm beispielsweise das Vorspiel und die grandiosen Steigerungen in den Sinalen des 1. und 2. Aktes — eine sympathische Erscheinung und ein schlichtes, vornehmes Spiel, das die stille Größe dieser wie ein Wunder wirkenden Erscheinung doppelt erhöhen empfinden läßt. Einige Mängel in der Aussprache, wie das zeitweilige Ueberbetonen unbedeutender Endsilben, werden bei genauer eigener Kontrolle leicht zu beseitigen sein. Gäßliche Reich ist ihr ihrer voluminösen, ausgelegenen Sopranstimme, die ihr das zarteste Piano wie das leidenschaftlichste Fortissimo mühelos gestattet, nicht minder durch ihr tiefempfundenes Mitterleben ihrer Partie eine Elsa im Wagner-

schen Geist, Licht und heuch, wahrhaft weiblich und in ihrer Liebe aufgehend bis zur bewußten Selbstvernichtung. Gleich groß in ihrer dämonischen Wildheit und ihrem unbegreiflichen Trotz gegen eine neue Welt, die ihre Erbsitz und ihre alten Götter zu vernichten droht, sang und spielte Gertrud Roller das finstere, unersöhnliche Friesenkind. Theo Thementis stimmlich und darstellerisch wichtiger Telramund war ihr ein ebenbürtiger Partner; schade, daß die Aussprache an manchen Stellen störend wirkt. Zum erstenmal gab Andreas Boehm den heerrufer, ausgezeichnet im Spiel wie im Gesang, eine rechenhafte germanische Kriegergestalt, deren Abwesenheit beim jächlichen Heerbann im 3. Akt befremdend auffiel. Oder war er von seinem obersten Kriegsherrn beurlaubt worden? Als Rufer des Heeres? Vornehm und edel in Haltung und Gesang war Fritz Schweinsbergs König Heinrich. Stimmlich gelang ihm die erste Ansprache am besten; im Spiel überstufte er durch seine wohlthuende Teilnahme an den freudigen und leidvollen Ereignissen. Die vier brabantischen Edlen, Dreesen, Birkenfeld, Percy und Schmidt, brachten ihre verhaltene Gegnerkraft zum brandtischen Herzogshaus und ihre treue Gefolgschaft für Telramund glaubwürdig zum Ausdruck.

Schon nach dem 1. Akt war der Beifall der begeisterten Theatergäste stark und freudig und steigerte sich zum Schluß zu stürmischen Hervorrufen für Dr. Becker, K. Dammers und die verdienten Interpreten Wagnerscher Kunst.

W. Eilers.

Bata in Bremen

Das Vordringen des tschechischen Schuh-Juden in Deutschland — Die Not seiner Angestellten und Arbeiter.

Die „Bremer Nachrichten“ als Feind des Mittelstandes.

Bremer Schuhindustrie in Gefahr!

In der Tschechoslowakei wohnt der Jude Thomas Bata. Dieser ist tschechischer Schuhgroßindustrieller und berüchtigt als Ausbeuter seiner Belegschaften und Großhändler ersten Ranges. Im Krieg hatte er sich „unabhängig“ schreiben lassen, um sich durch Lieferung von Leinwand an die österreichische Armee zum Millionär aufzuschwingen. Seine Schuhfabrik befindet sich in Zlín in der Tschechoslowakei.

Bata's Unternehmen besteht nicht nur in einer Schuhfabrik, sondern auch in Fabriken zur Herstellung von Rohstoffen und aller Zubehöreile. Dazu gehört auch eine Pappfabrik zur Herstellung von „Schuhsohlen“. Sein Grundfals ist, die Schuhe so billig wie möglich herzustellen und durch Preisunterbietungen die Schuhindustrien möglichst aller anderen Länder wettbewerbsunfähig zu machen und schließlich an sich zu reißen. Dabei bedient er sich zweier Mittel. Das erste besteht in Druck auf die Löhne seiner Arbeiter und Angestellten und in unsozialer Behandlung seiner Arbeiter und Angestellten. Er beschäftigt nur solche Arbeiter und Angestellte, die keiner Gewerkschaft angehören und die sich seinen Ausbeutungsbedingungen verschreiben. Das zweite Mittel besteht darin, daß er Schundware herstellen läßt, die er für gute Ware verkauft. Bata's Machenschaften sind bekannt unter der Bezeichnung „System Bata“.

Den Arbeitern und Angestellten der Batafabriken ist jede gewerkschaftliche Organisation untersagt. Sie wohnen in Zwangswohnungen, sie erhalten keinen festen Lohn, sondern werden nach der abgelieferten Arbeit bezahlt. Der Jude hat ein raffiniertes Prämiensystem und ein ungeheuerliches Straßensystem eingeführt. Er wälzt durch die Art der Bezahlung seiner Belegschaften das kaufmännische Risiko auf diese Belegschaften ab. In einem Urteil, welches das Berliner Kammergericht in einem Prozeß Bata gegen Philipp zu fällen hatte, lesen wir:

„Hält man alles bisher Erörterte zusammen, so erlangt die Annahme immer größere Wahrscheinlichkeit, daß durch eine aufs äußerste gesteigerte Ausnutzung des ökonomischen Machielements — mit Hilfe eines psychologisch aufs künftige durchdachten Systems — Ercheinungen gezeigt werden, die sich — nach dem Sprachgebrauch der Ausbeutungstheorie — als stärke „Ausbeutung“ der Arbeiterschaft darstellen.“

Der Jude Bata versucht mit seinen Schuhen, die er infolge Ausbeutung seiner Belegschaften, infolge Verwendung schlechten Materials und infolge sonstiger Machenschaften billiger zu verkaufen vermag als andere Schuhfabriken, alle Länder zu überflügeln. In den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, in Dänemark, in Polen, in Ungarn und in anderen Ländern sind

Bata's Erzeugnisse als wirtschafts- und beschäftigungsschädlich erkannt worden.

Das hat zu scharfen Abwehrmaßnahmen geführt, in Amerika z. B. zur Einführung eines Solles auf Leder- und Schuhwerk und auf rege Propaganda gegen Bata-Schuhe.

Gegen die Vertriebszentrale Bata's in Deutschland ist durch ein deutsches Gericht vor einiger Zeit eine Verfügung erlassen worden, durch die dieser Vertriebsgesellschaft untersagt wird

„bestimmtes minderwertiges Schuhwerk unter irreführenden Bezeichnungen feilzuhalten“.

Das Gericht hält Vorpiegelung falscher Tatsachen für möglich.

Neue Arbeitslosigkeit

Die Großeinfuhr von Bata-Schuhen nach Deutschland hat einen Umfang von vielen Millionen Reichsmark jährlich erreicht. Das ist nicht ohne Einwirkung auf die Deutsche Schuhindustrie geblieben. Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern betrug die Ziffer der Vollerwerbslosen im Jahr 1929 im Monatsdurchschnitt in der gesamten Deutschen Wirtschaft 13,5 v. H., in der Schuhindustrie 19,4 v. H. Die Ziffer der Kurzarbeiter betrug im Jahr 1929 im Monatsdurchschnitt in der gesamten Deutschen Wirtschaft 7,5 v. H., in der Schuhindustrie 29,3 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der Grad der Arbeitslosigkeit war also schon 1929 in der Schuhindustrie bedeutend höher als in der gesamten Wirtschaft. Inzwischen hat sich die Lage noch wesentlich verschlechtert. Im Juli 1930 betrug die Zahl der Vollerwerbslosen in der gesamten Wirtschaft 20,5 v. H., in der Schuhindustrie 25 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Zahl der Kurzarbeiter in der gesamten Wirtschaft 13,9 v. H., in der Schuhindustrie 34,5 v. H.

Die Machenschaften Bata's erhöhen nicht nur die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie, sie zielen auch auf die Vernichtung des Schuhmacherhandwerks ab.

Die Schuhe sind billig und schlecht.

Das ist nicht ohne Einwirkung auf die Ausbefferungsfähigkeit. Die Schuhe werden meistens, wenn die Sohlen durchgelaufen sind, weggeworfen, weil eine Ausbefferung bei den schlechten Stoffen, aus denen die Schuhe hergestellt sind, sich in der Regel nicht lohnt.

Die Vertriebszentrale Bata's in Deutschland ist die „Romeo-Schuh-A.G.“, deren Inhaber der tschechische Jude Bata ist. Diese Gesellschaft des tschechischen Juden hat bereits fünfundsiebzig Deutsche Schuhhandelsfirmen aufgekauft, die sie unter der bisherigen Firmenbezeichnung mit der Maßgabe weiterbetreibt, daß diese Firmen auf den Vertrieb von Erzeugnissen aus den Fabriken des Juden Bata umgestellt worden sind.

Wie der Jude in seinen Vertriebsunternehmen mit seinem Personal umgeht, mag aus folgender Tatsache erhellen. Gegen Bata schwebten

dreißig Klagen seiner Angestellten wegen unbilliger Härte.

Für den 13. September 1930 war in dieser Sache Güterverhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte anberaumt. Die Angestellten machen geltend, daß der gesamten Belegschaft der Romeo-Schuhgesellschaft gekündigt worden sei auf Grund einer Scheinliquidation, die darin bestehe, daß die Romeo-Schuhgesellschaft in die Deutsche Schuh-A.G. Bata“ umgewandelt werden solle. Der wahre Grund sei jedoch, daß Bata sein gegenwärtiges Personal, durch ganz junges und unorganisiertes Personal, das keine Tariflöhne beanpruche, ersetzen wolle. Ein ähnlicher Fall sei bereits im vorigen Jahr in Bata's Schuhfabrik in Ratibor vorgekommen, wo Bata „alles deutsches Personal bis auf einen Nachwächter entlassen und dafür tschechisches Personal angestellt“ habe. Unlängst habe

Der erste deutsche Minister

Hg. Fried

der Vorkämpfer für einen gesunden Mittelstand

spricht am 10. September in Bremen

**Kartenvorverkauf im Parteihaus
Belzerstraße 12-13**

Bata alle Geschäftsführer der Romeo-Gesellschaft nach Zlín (Tschechoslowakei) kommen lassen, um ihnen den Abschluß des folgenden Vertrages vorzulegen: „Kein festes Gehalt. 9. v. H. vom Umsatz. Außer Lademiete und Steuern alle Unkosten zu Lasten des Geschäftsführers“. Er habe empfohlen, „ganz jugendliche Verkäuferinnen einzustellen und von diesen für jeden Kassenblock 50 Rpfg. Bezahlung an die Geschäftsleitung zu verlangen.“ Den Abschluß solcher Verträge hätten sie abgelehnt. Als Folge davon hätten nun alle Angestellten ihre Entlassung erhalten. Der Richter vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Riesen-Schuhfabriken in Deutschland

Bata genügt es nicht, Vertriebsstellen in Deutschland zu besetzen. Auch seine Fabrik in Ratibor genügt ihm nicht. Er wünscht sich in Deutschland eine Riesen-Schuhfabrik. Er be-
zweckt dadurch:

1. die Einfuhrzölle zu ersparen,

2. von deutschem Boden aus noch leichter als von der Tschechoslowakei aus die gesamte Deutsche Schuhindustrie an sich zu reißen,

3. die Quelle seines Exportgeschäftes teilweise nach Deutschland zu verlegen und den schlechten Ruf des Bata-Systems von der Tschechoslowakei auf Deutschland zu übertragen,

4. nationalpolitischen Interessen der Tschechoslowakei zu dienen.

Und wer bietet dem tschechischen Juden Bata zur Verwirklichung seiner Pläne die Hand? Die Preussische Staatsregierung! Die Preussische Staatsregierung hat 746,6 Hektar (rund 3000 Morgen) Waldgelände des Klonitzer Waldes an der Bahnlinie Handrin-Rafschowa im Kreis Kofel in Oberschlesien an den tschechischen Juden Bata verkauft zwecks sofortiger Errichtung einer Riesen-Schuhfabrik des tschechischen Juden Bata auf diesem Gelände.

Was bedeutet der Abschluß dieses Vertrages der Regierung Preußens mit dem tschechischen Juden Bata? Die folgenden Tatsachen:

1. die Übertragung des Bata-Systems — Ausbeutung der Belegschaften und Herstellung von Schundware — auf Deutschland; in unserem Falle auf Bremen;

2. die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit in der in Deutschland vorhandenen Deutschen Schuhindustrie. Die Preussische Regierung hat Bata zugestanden, daß 10 v. H. der Belegschaften der zu errichtenden Schuhfabrik Tschechen sein dürfen;

3. die Möglichkeit für den tschechischen Juden Bata, die gesamte Deutsche Schuhindustrie zunächst wirtschaftlich zu untergraben und dann in seinen Herrschaftsbereich zu bringen und sein Bata-System auch auf die heute in Deutschland vorhandenen deutschen Schuhfabriken zu übertragen.

4. den Untergang des Deutschen Schuhmacherhandwerkes, weil erstens Bata-Schuhe meistens nicht ausbefferungsfähig sind, und weil zweitens für ausbefferungsfähige Schuhe Bata allen seinen Vertriebsstellen eigene Ausbefferungswerkstätten anstellt;

5. die Notwendigkeit, für die tschechischen Arbeiter und deren Angehörige tschechische Schulen und Kirchen aus deutschen Mitteln zu errichten;

6. eine nationalpolitische Gefahr. Durch zielklare und unentwegte Plannäßigkeit des tschechischen Dr. Janotta ist bereits fast die gesamte obersteleische Zuckerindustrie ein Opfer des tschechischen Kapitals geworden. Und nun steht sich auch der tschechische Jude Bata feil. Wie das gesamte obersteleische Braunkohlengruben und somit die Niederlausitz wirtschaftspolitisch durch den tschechischen Kohlenjuden Peischek beherrscht ist, so soll nun Oberdeutschland durch die Tschechen Janotta und Bata beherrscht sein. Und hinter der wirtschaftspolitischen Beherrschung dieser Gebiete lauern die nationalpolitischen Ziele des tschechischen Staates, dem eine tschechische Niederlausitz und ein tschechisches Oberschlesien vorzueben.

Schutz dem deutschen Gewerbe!

Herr Bata und „deutsche“ Zeitungen

Der tschechische Schuhkönig Bata hat naturgemäß das Bedürfnis, seine Schuhe, die er zu hungerlöhnen herstellt, durch Eröffnung eigener Verkaufsstellen in deutschen Städten in immer größerem Umfange zu vertreiben.

Die deutschen Schuhwarenhändler wehren sich zwar so gut es geht. Daß die Abwehr aber unzulänglich ist, liegt daran, daß die Schuhwareneinzelhändler nicht über den finanziellen Rückhalt verfügen, wie die Bata-Verkaufsstellen. Sie sind deshalb auf die Hilfe von Handelskammern und Stadtverwaltungen angewiesen; denn diese wären hauptsächlich in der Lage, die Ausbeutungsgelüste des Tschechen Bata abzuriegeln, indem sie Bata die Handelsgenehmigung verweigern.

In sehr vielen deutschen Städten ist leider die Lage so, daß die Stadtverwaltungen dem Tschechen Bata die Handels-erlaubnis erteilen. Ob dadurch der um sein Dasein ringende mittelständische Schuhwarenhändler zu Grunde gerichtet wird, kümmert leider die betreffenden Stadtverwaltungen wenig. Die Hauptsache ist, daß man seine internationale, weltbürgerliche Einstellung beweist und sich dem internationalen Großkapital dienlich zeigt. Das deutsche Handwerk und Gewerbe sind ja nach Ansicht vieler Stadtverwaltungen doch nicht mehr zu retten!

In jenen Städten blieb dem Schuhwarenhändler in seinem Daseinskampf nur noch eine Waffe, die örtliche Tagespresse. Es ist nun beachtenswert, zu sehen, wie verschiedene Tageszeitungen auf den Ruf der Schuhwarenhändler antworten.

In Brandenburg besteht die Absicht, eine Niederlassung der Schuhfabrik Bata zu eröffnen. Von den Schuhwarenhändlern wurde daraufhin der Geschäftsführer der Firma Tack u. Cie. zu einer Tageszeitung geschickt mit der Bitte, die Inserate von Bata nicht zu veröffentlichen. Die Schuhhändler wollen dafür der betreffenden Zeitung häufiger als bisher Inserate zuwenden. Obwohl es eine Selbstverständlichkeit wäre, daß diese Zeitung sich einreißt in die Abwehrfront gegen tschechische Gewinnelüste auf Kosten des deutschen Einzelhandels, bleibt abzuwarten, ob die Zeitung in Brandenburg a. d. Havel nicht doch nach dem Högen „Geld“ unterliegt.

Eine Rostocker Zeitung weiß zu berichten, daß die Anzeigen für die dortige Bata-Filiale immer häufiger kommen. Es ist bezeichnend, daß Bata keine Inserate in deutschen Zeitungen durch Rudolf Mosse, Prag, verrechnen läßt. Die Rostocker Zeitung nimmt die Bata-Inserate auf. Darf sie dies tun, wenn sie Anspruch darauf erhebt, eine wirklich deutsche Zeitung zu sein? Sie müßte sich vor Augen halten, daß sie damit deutschen Volksgenossen die Erlitzung rauben hilft, indem Hunderte deutsche Arbeiter in deutschen Schuhfabriken Lohn und Brot verlieren, und die Kaufkraft des deutschen Volkes immer geringer wird, denn alles Geld für Bata-Schuhe fließt doch nach der Tschechei.

Die Spitzenleistung in Sachen Bata-Inserate vollbrachte aber eine Ludwigshafener Zeitung. Auch dort beabsichtigt Bata eine Filiale zu eröffnen. Die Ludwigshafener Zeitung gibt zu, daß sich die anjässigen Schuhhändler nicht gerade darüber freuen. Doch bestehe keine Möglichkeit, die Inserate von Bata abzulehnen.

Unsere Volksgenossen werden wissen, wie sie sich zu den Zeitungen zu stellen haben, die Anzeigen von Bata veröffentlichen. Zeitungen, die nur um des Geschäftsgewinnes willen, Anzeigen von Bata und sonstigen ausländischen Firmen aufnehmen, sind in diesen Notzeiten Totengräber des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Sie helfen, daß das Heer unserer Arbeitslosen immer größer wird, daß immer mehr Betriebe und Einzelhandelsgeschäfte schließen müssen, daß Millionen deutschen Geldes ins Ausland gehen, daß das deutsche Volkservermögen geschädigt, der Kriegsfond des Auslands aufgefüllt wird.

Deutsche! Kauft nur deutsche Waren!